

Auszug
aus dem Protokoll der
Sitzung des Rates der Stadt Wedel
vom 11.12.2025

Top 9 Satzung der Stadt Wedel über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)
BV/2025/090

Herr Grüßner verliest den Beschlussvorschlag.

Die Fraktionen diskutieren ausführlich und teilweise kontrovers über die Auswirkungen der Neufestsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer. Die steigende Belastung für die Bürgerinnen und Bürger wird von den Fraktionen kritisch diskutiert. Ein Sparwille wird von den Fraktionen trotzdem nicht erkannt.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründen ihre Zustimmung mit dem Hinweis auf die Inflation und die Kostensteigerung beim Verwaltungshandeln. Auch die Gewerbesteuererlösebrüche könne man nicht durch Sparen einholen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Satzung der Stadt Wedel über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung).

Abstimmungsergebnis:

19 Ja / 16 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	19	16	1
CDU-Fraktion	0	11	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	1
FDP-Fraktion	0	4	0
Die Linke im Rat	0	1	0

Wortbeitrag zu TOP 9 - Satzung der Stadt Wedel über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Ich möchte kurz erklären, warum wir die Hebesatzsatzung in dieser Form nicht mittragen können.

Im HFA hatten wir einen Antrag gestellt, um diese erneute Steuererhöhung zu verhindern. Der wurde mehrheitlich abgelehnt, also stellen wir ihn heute nicht noch einmal. Aber ich möchte eine Frage stellen, und die meine ich ernst, nicht polemisch:

Weiß der Rat wirklich, was er hier gerade tut?

Schon 2022 haben wir die Grundsteuer B zur Konsolidierung deutlich erhöht. Damals wurde gesagt: Das bringt 1,7 Millionen Euro. Ein Jahr später ist diese Summe einfach in einem riesigen Defizit verschwunden. Jetzt sollen es wieder 1,3 Millionen sein. Diese zusätzlichen Einnahmen decken nicht einmal zehn Prozent des Haushaltslochs, das wir im kommenden Jahr erwarten.

Was bedeutet das für die Menschen in dieser Stadt?

Im Januar bekommen alle einen neuen Steuerbescheid – wieder höher. Und nur wenige Wochen später werden wir hier sitzen und über drastische Einsparungen reden müssen. Das heißt: Die Bürgerinnen und Bürger zahlen erst mehr und bekommen dann trotzdem weniger. Das trifft sie doppelt.

Und genau deshalb sagen wir:

Wir müssen **erst** konsolidieren, **bevor** wir Steuern erhöhen.

Eine immer höhere Grundsteuer füllt das strukturelle Defizit nicht, sie verlängert nur die Illusion, man könne sich den schwierigen Entscheidungen entziehen.

Die Vorlage der Verwaltung sagt selbst: Mit 630 Prozent erreichen wir das, was in der Haushaltssicherung als Maßnahme Nr. 30 steht. Aber auch dort ist klar: Diese Erhöhung löst nicht das grundlegende Problem. Sie stopft ein Stück weit das Loch – und danach geht alles weiter wie vorher.

Wir halten das für den falschen Weg. Wenn wir die Haushaltslage wirklich ernst

nehmen, dann müssen wir zuerst an die Ausgaben. Und erst, wenn wir dort geliefert haben, kann man ehrlich darüber sprechen, ob eine Steuererhöhung überhaupt notwendig ist und in welcher Höhe.

Diese Praxis wirft automatisch die Frage auf, wo das enden soll. Wenn immer wieder Konsolidierungsmaßnahmen aufgeweicht oder verschoben werden, so wie wir es in den vergangenen Jahren mehrfach erlebt haben, dann stehen wir Ende 2027 wieder genau an diesem Punkt. Dann wird erneut der Ruf nach einer Erhöhung des Hebesatzes kommen. Aber wo sollen diese Steuererhöhungen eigentlich aufhören?

Wir alle erinnern uns an die Zahl, die die Verwaltung selbst einmal genannt hat: **1080 Prozent** Grundsteuer B. Das wäre der Hebesatz, den wir bräuchten, wenn wir gar nicht konsolidieren. Wir haben diese Zahl als Mahnung verstanden, nicht als politisches Ziel. Aber wenn wir weiter so verfahren, dann droht genau das zur Realität zu werden.

Darum sagen wir klar: Bevor wir die Bürgerinnen und Bürger erneut belasten, müssen wir endlich ernsthaft konsolidieren.

Jan Lüchau

(Fraktionsvorsitzender)